

Positionspapier der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages

„Erhalt der Ernährungssicherheit in Sachsen, Deutschland und Europa“

Die Erfahrungen der Corona-Pandemie und die aktuelle politische Weltlage lassen erkennen, dass Produktions- und Lieferketten für viele Produkte sehr fragil sind und gerade bei der Versorgung mit Lebensmitteln zu unerwünschten Abhängigkeiten führen können. Umso wichtiger ist es, dass der Eigenversorgungsgrad gesichert und damit die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten verringert wird.

Zudem droht in diesem Jahr in Russland eine schlechte Ernte, bedingt u. a. durch Engpässe bei Maschinen und Pflanzenschutzmitteln, die aus dem Ausland bezogen werden. Gleiches gilt in der Ukraine durch die Zerstörungen des Krieges an Höfen, Maschinen und Feldern. Hierdurch wird die Frühjahrsbestellung beeinträchtigt. Das Grauen des Krieges durch den Tod oder die Vertreibung der Menschen, die die Lebensmittel produziert haben, ist grausame Realität.

Diese besondere Situation wird wohl auch in den nächsten Jahren andauern, da das Produktionsniveau auch nach einem, hoffentlich sehr schnell beendeten Krieg durch Sanktionen und fehlendes Personal nicht so schnell wieder steigen dürfte. Hinzu kommt die Gewissheit, dass Russland seine Position aggressiv einsetzen wird, was für eine eigene europäische Strategie in der Ernährungssicherheit spricht.

Aus diesem Grund sieht die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages in der gegenwärtigen Krise die Notwendigkeit, die heimische Erzeugung von Lebensmitteln zu stabilisieren und das Potenzial der hiesigen Landwirtschaft zu nutzen. Wir sehen in der Umsetzung der folgenden Maßnahmen einen wichtigen Beitrag, um in den kommenden Jahren höhere Ernteerträge und damit die Ernährungssicherheit in Sachsen, Deutschland und Europa zu erreichen:

1. Aktuell als Greening-Flächen stillgelegte Felder sollten in diesen Wochen umgebrochen und mit Eiweiß- und Futterpflanzen bebaut werden dürfen. Auch die als Konditionierung verpflichtende Zwangstillegung auf 4 % der Betriebsflächen in der geplanten GAP ab 2023 muss für die Aussaat im Herbst 2022 ausgesetzt werden, um auf diesen Flächen zu produzieren.
2. Die insgesamt strengen Düngevorgaben – gerade in den sogenannten Roten Gebieten – führen zu einem starken Einbruch der Ernteerträge und damit auch zu schlechteren Backqualitäten des Getreides. Hier sollten die Vorgaben gelockert und den Landwirten ein höheres Produktionsniveau ermöglicht werden.
3. Sachsen sollte sich in Brüssel dafür starkmachen, einen Antrag auf Verzicht von Strafzahlungen für die Ausweisung Roter Gebiete zu erwirken. Diese Diskussion passt bei den aktuellen landwirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht in die politische Realität.

4. Wir fordern vom Bund, dass die Gasölbeihilfe nicht abgeschafft, sondern dynamisiert wird (Anpassung an das jeweilige Dieselpreisniveau). Die Beihilfe trägt zur Preisdämpfung für die Endverbraucher bei. Entsprechende Planungen zur Reduzierung / Streichung sollten in der aktuellen Situation fallen gelassen werden.
5. Die aktuellen Pläne der Bundesregierung, nur auf Wind und Sonne zu setzen und Biogas auslaufen zu lassen, müssen zwingend überdacht werden. Biogas ist grundlastfähig, mindert Gasimporte und schafft über Gärreste regionale Düngerkreisläufe und reduziert Importe von Düngemitteln, insbesondere aus Russland. Der Energiegewinnung aus Biomasse (z. B. Holz, Biomasse von Landschaftspflegeflächen usw.) muss in der zukünftigen Energiepolitik eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
6. Die Versorgungssicherheit bei der Lebensmittelproduktion in Deutschland und Europa ist seit den jüngsten politischen Entwicklungen in Osteuropa stark gefährdet. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir gemeinsame mit Bund und EU einen Plan zur Stärkung der heimischen Landwirtschaft erarbeiten. Dies schließt den Aufbau von Verarbeitungskapazitäten, z. B. den Aufbau von Schlachtstätten in Sachsen, ein. Wir fordern hier eine Intensivierung der Anstrengungen bei der Umsetzung der bisher vorliegenden Pläne.
7. Der weitere Ausbau einschl. die Finanzierung von Extensivierungsprogrammen in der sächsischen Landwirtschaft (z. B. Ökolandbau, Verzicht auf den Einsatz von Düngung und Pflanzenschutzmittel usw.) ist neu zu bewerten.

Deutschland und die EU tragen mit ihrer Landwirtschaft auch Verantwortung für die Welternährung. Derzeit ist nicht absehbar, wie groß der Ernteausschlag in der Ukraine sein wird und welches Ausmaß die Sanktionen russischer Handelsgüter auf den weltweiten Handel mit Weizen und Mais haben werden. Viele Menschen in Nordafrika und im Nahen Osten sind auf Weizenimporte aus der Schwarzmeerregion angewiesen.

Darum ist die Sorge begründet, dass der russische Angriffskrieg auf die Ukraine Auswirkungen auf die Nahrungsmittelversorgung haben wird. Derzeit sind Krisenreserven gut gefüllt und Engpässe in Deutschland nicht zu erwarten. Auf Russland und die Ukraine entfallen allerdings 28,7 Prozent des Welthandelsvolumens an Weizen und 19,5 Prozent des Maishandels. Die Gefährdung der Ernährungssicherheit ist angesichts dieser Größenordnungen real.

Deutschland und die EU werden diesen Ausfall nicht ausgleichen können, dennoch müssen sie ihre eigene Versorgung gewährleisten und auch ihrer Verantwortung im globalen Nahrungs-

**CDU**FRAKTION DES
SÄCHSISCHEN LANDTAGES

mittelangebot nachkommen. Europa ist ein Gunststandort der landwirtschaftlichen Erzeugung mit produktiven und effizienten Strukturen. Eine Extensivierung der Landwirtschaft – wie beispielsweise durch den Green Deal – und damit einhergehenden Produktionsrückgängen sind deshalb heute von untergeordneter Priorität.

Die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) enthält derzeit einige Bestimmungen, die die Produktivität der Landwirtschaft stark einschränken. So sind im Rahmen des Greenings 5 % der Ackerfläche eines Betriebs für ökologische Vorrangflächen vorzusehen. Große Flächen wurden in Sachsen bereits Zuge des Greenings stillgelegt.

Mit der Reform der GAP ab 2023 ist eine Pflichtstilllegung von mindestens 4 % der Ackerfläche vorgesehen. Produktionsintegrierte Maßnahmen – wie zum Beispiel der derzeit mögliche Anbau von Leguminosen zur Erfüllung des Anteils ökologischer Vorrangflächen – sind aber nicht vorgesehen. Auch sind etwa Selbstfolgen von Weizen auf Grund der Vorgaben zum guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ) nicht mehr erlaubt. Eine Lockerung der Regelungen würde einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Lebensmittelerzeugung leisten.

Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages bittet die sächsischen Landwirte, sich trotz der betriebswirtschaftlich verschlechternden Situation (rasant steigende Betriebsmittelpreise, fehlenden Pflanzenschutzmittel, Produktionseinschränkungen) auch weiterhin ganz auf die Lebensmittelproduktion für den Markt zu konzentrieren und nicht auf staatlich geförderte Extensivierungsprogramme auszuweichen.

**CDU**FRAKTION DES
SÄCHSISCHEN LANDTAGES

Redaktionsstand
vom 22.03.2022

CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon 0351 493-5555
Telefax 0351 493-5440
cdu-pressestelle@slt.sachsen.de



cdu-fraktion-sachsen.de



[@CDU_SLT](https://twitter.com/CDU_SLT)



[cdulandtagsfraktionsachsen](https://www.facebook.com/cdulandtagsfraktionsachsen)